Die AHV braucht mehr Mittel, weil die Zahl der Rentnerinnen und Rentner steigt.

Eine Finanzspritze für die AHV

Mehrwertsteuer soll auch der Altersvorsorge dienen

Der Wechsel zur Mehrwertsteuer eröffnet auch die Möglichkeit, eine neue Finanzquelle für die AHV zu erschliessen. Wenn der dritte Teil der Abstimmungsvorlage angenommen wird, kann das Parlament für diesen Zweck ein zusätzliches Steuerprozent erheben. Ein solcher Schritt dürfte sich nach der Jahrtausendwende als nötig erweisen, wenn geburtenstarke Jahrgänge ins Rentenalter kommen.

■ VON VERENA THALMANN

Aus rein demographischen Gründen werden die Ausgaben für die AHV in den nächsten 20 Jahren um rund ein Drittel ansteigen. Dafür gibt es verschiedene Gründe:

● Die nachfolgenden Generationen werden kleiner, wodurch die beitragspflichtige Bevölkerung langsamer wächst. Gleichzeitig steigt die Zahl der rentenberechtigten Personen, nicht zuletzt wegen der längeren Lebenserwartung. Dies führt dazu, dass die erwerbstätige Bevölkerung einer immer grösseren Zahl von Rentnerinnen und Rentnern gegenübersteht. Gegenwärtig beträgt dieses Verhältnis 100 zu 24, im Jahr 2010 dürfte es 100 zu 28–33 betragen. Somit müssen die jüngeren Generationen einen wachsenden Teil ihres Einkommens für die älteren aufwenden, wenn am geltenden Finanzierungsmodus nichts geändert wird.

● Die AHV wäre bereits seit mehreren Jahren defizitär, wenn sie ausschliesslich vom schweizerischen Bevölkerungsteil getragen würde. Bei den ausländischen Versicherten besteht nämlich ein markanter Beitragsüberschuss; in den nächsten Jahren steigen die Rentenleistungen an diese Kategorie jedoch massiv an. Das bewirkt, dass die AHV-Ausgaben sogar stärker zunehmen, als von der Demographie her zu erwarten wäre.

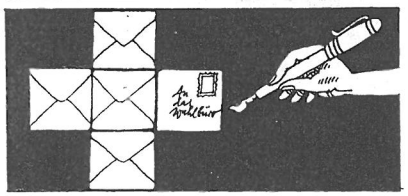
Finanzierungslücke ab dem Jahr 2005

Die offiziellen Prognosen rechnen ab dem Jahr 2005, wenn geburtenstarke Jahrgänge rentenberechtigt werden, mit einer Finanzierungslücke. Das Ausmass wird natürlich dadurch beeinflusst, wie die 10. AHV-Revision schliesslich aussehen wird. Beträchtlich stärker wirkt sich aber die Wirtschaftslage aus, denn bei der AHV werden die Renten ja laufend aus den Beiträgen der Erwerbstätigen und aus staatlichen Zuschüssen bezahlt; die Reserven im Umfang eines Jahresaufwandes sollen lediglich Schwankungen ausgleichen. Stagnierende Beschäftigtenzahlen und Löhne wirken sich daher sofort negativ auf die Einnahmen und die AHV-Rechnung aus. Andererseits kann ein Wirtschaftswachstum die Probleme wesentlich entschärfen.

Knapp 20 Prozent der Ausgaben von heute rund 22 Milliarden Franken pro Jahr werden über die öffentliche Hand finanziert. Die Alkohol- und Tabaksteuern, die diesem Zweck dienen, decken aber lediglich ein Viertel davon ab. Daher sieht der dritte Beschluss zur Mehrwertsteuer vor, dass das Parlament die

ABSTIMMUNG

vom 28. November



Mehrwertsteuer

Steuer zugunsten der AHV erhöhen kann, wenn dies aus demographischen Gründen nötig ist. Leistungsverbesserungen dagegen dürften nicht auf diesem Weg finanziert werden. Der Aufschlag ist auf ein Steuerprozent beschränkt, was derzeit 1,7 Milliarden Franken einbrächte. Gegen den entsprechenden Parlamentsbeschluss könnte das Referendum ergriffen werden.

Besser als höhere Lohnprozente

Die Neuerung ist von allen grossen Parteien günstig aufgenommen worden. Eine solche Finanzierung sei einer Erhöhung der Lohnprozente vorzuziehen, hiess es etwa. Positiv wurde auch vermerkt, dass dadurch die Rentnergenerationen etwas an die höheren AHV-Kosten beitragen. Nicht einverstanden mit dem Vorschlag ist der Schweizerische Gewerbeverband, der lediglich den reinen Systemwechsel gutheissen und vorläufig keine Möglichkeiten für Mehreinnahmen schaffen will.